

# Wiener Theologin neue OSZE Beauftragte

Die Wiener Theologin INGEBORG GABRIEL ist Professorin für Sozialethik an der Universität Wien. Vor kurzem wurde sie zur OSZE Sonderbeauftragten im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit Fokus auf Christen und Angehörige anderer Religionen, ernannt. Über ihre neuen Aufgaben sprach mit Professorin Gabriel KI-Reporter BERTHOLD SIEGMAR.

**KI:** Frau Professor Gabriel, Sie sind Beauftragte der OSZE. Was bedeutet das konkret?

**Gabriel:** Der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gehören 57 Staaten an (über Europa hinaus auch die USA, Kanada, die zentralasiatischen Staaten und die Mongolei). Wichtig ist die Genese: Sie ist aus der KSZE, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, hervorgegangen, die ab 1975 im Kalten Krieg zwischen den verfeindeten Blöcken vermitteln sollte und hier auch einiges erreicht hat. So wurde durch die Helsinki Pakte als Gründungsdokument die Entstehung von Menschenrechtsorganisationen im ehemaligen Ostblock unterstützt, die die kommunistischen Regime in der Folge herausforderten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 wurde die Zusammenarbeit verstärkt. Man hat gehofft, dass - wie es in der Charta von Paris von 1990 heißt - ein "neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit" anbricht. Und wir hatten ja auch, so muss man dankbar festhalten, nachher ein Vierteljahrhundert Frieden, sieht man von der bitteren Erfahrung der Balkankriege vor 20 Jahren ab. Dieser Frieden ist seit 2014 brüchiger. Die Annexion der Krim durch Russland, aber auch die Tendenzen, sich von der liberalen einer illiberalen Demokratie zuzuwenden (z. B. in Ungarn und der Türkei) sind beunruhigend und leider nicht friedensförderlich.

Das zeigt, dass Demokratie und Frieden nie ein-für allemal gesichert sind



**Ingeborg Gabriel**  
Einschränkungen des Rechts auf Religionsfreiheit sind ein Seismograph für die Menschenrechtslage in einem Land

und man in den nächsten Jahren ernsthaft daran arbeiten müssen, sie zu erhalten. Beides gehört auch zusammen, wie schon Kant meinte: demokratische Staaten, in denen Rechtssicherheit herrscht, führen keine Kriege gegeneinander.

Das heißt, dass die OSZE an Bedeutung gewinnt. Die 15 Sonderbeauftragten für unterschiedliche Themenbereiche sollen dabei durch Expertise, teils auch ihren Einsatz vor Ort zur Friedenserhaltung beitragen.

**KI:** Was wollen Sie gegen die Diskriminierung der Christen und von Angehörigen anderer Religionen unternehmen?

**Gabriel:** Christen, vor allem die An-

gehörigen von kleinen Kirchen und heterodoxe Gruppen wie die Zeugen Jehovas, die sich selbst als Christen verstehen, werden vor allem dort diskriminiert, wo es um die Menschenrechte insgesamt schlecht bestellt ist. Man kann sogar sagen, dass Einschränkungen des Rechts auf Religionsfreiheit ein Seismograph für die Menschenrechtslage in einem Land sind. Das gilt auf der rechtlichen Ebene. Da aber fast alle dieser Staaten auch Mitglied des Europarats sind, verlagert sich Diskriminierung vielfach auf die administrative Ebene (Schikane bei der Registrierung, Enteignungen unter diversen Vorwänden etc.) und die soziale Ebene. Soziale, politische und ethnische Spannungen gehen

oft mit religiösen und konfessionellen Konflikten zusammen, unter denen dann einzelne Gruppen leiden. Am Balkan haben sich in manchen Ländern (z. B. Albanien) interreligiöse Gremien gut bewährt, um hier Vermittlungsdienste zu leisten und sich auch gegen ausländische Einflussnahme zur Wehr zu setzen. Anfang April wird es einen OSZE Workshop zu diesen Fragen der Religionsfreiheit in Wien geben.

**KI:** Die Zahl der Flüchtlinge ist auch in Österreich gestiegen. Damit hat sich auch die Fremdenfeindlichkeit verstärkt. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

**Gabriel:** Die Zivilgesellschaft hat sich stark für die Integration von Flüchtlingen eingesetzt und tut dies auch weiterhin. Das ist noch stärker zu unterstützen. Zugleich brauchen wir einerseits mehr Wissen, welche Menschen zu uns gekommen sind, also detaillierte wissenschaftliche Untersuchungen, andererseits auch praktische Initiativen der Mediation, z. B. zwischen christlichen und muslimischen Flüchtlingen. Da gibt es auch schon Initiativen. Andererseits gilt es, Projektionen und eine ungezügelt Ablehnung, die sich vor allem anonym im Internet breit macht, effektiv zu bekämpfen. Da ist viel Standfestigkeit notwendig. Die einzige Möglichkeit gegen derartige Polarisierungen vorzugehen, ist eine Benennung von Problemen und die Suche nach Lösungen, an denen sich alle Moderaten beteiligen müssen. Wir haben hier also eine neue Situation. Es reicht nicht mehr, sich zurückzulehnen und selbst nicht zu diskriminieren. Wenn wir eine friedliche, gut integrierte Gesellschaft wollen, braucht es die aktive Beteiligung, gerade auch von ChristInnen. Das gilt es zu kommunizieren, wobei konstruktive Experimente gefragt sind, die auch öffentlich unterstützt werden sollten. Ein Wettbewerb im Guten, sozusagen. Ich selbst kann auf diesen Forschungs- wie Aktionsbedarf hinweisen, Anregungen geben.

**KI:** Welches Gewicht hat die Stimme Österreichs in der OSZE?

**Gabriel:** Die OSZE hat 57 Mitglieder



**Christenverfolgung im Nahen und Mittleren Osten**  
Sündenbock in einer anti-westlich aufgeheizten Stimmung

und agiert nach dem Prinzip der Einstimmigkeit. Da dieses Jahr Österreich den (rotierenden) Vorsitz hat, kann es aber Initiativen setzen und tut dies auch. So gibt es einen OSZE Sonderbeauftragten gegen Extremismus, ein weiterer Schwerpunkt war und ist der Konflikt im Osten der Ukraine und die Medienfreiheit, sowie die Kinderrechte.

**KI:** Die Diskriminierung und Feindlichkeit gegen Christen hat in der letzten Zeit in der ganzen Welt zugenommen, obwohl diese Religion von Extremisten fast nie für ihre politischen Ziele missbraucht wird. Wie sehen Sie das?

**Gabriel:** Ich gebe Ihnen grundsätzlich Recht. Man darf aber nicht übersehen, dass es durchaus militante rechte Kreise gibt, vor allem in den USA, die sich auf jüdisch-christliche Werte berufen. Opfer sind Christen, vor allem dort, wo islamistische Extremisten im Vormarsch sind, und sie werden zum Sündenbock in einer anti-westlich aufgeheizten Stimmung. Das gilt vor allem aber nicht nur für den Nahen Osten. Was kann man da tun? Zum einen davor nicht die Augen verschließen und effektiv helfen. Der christliche Universalismus verlangt

nicht, die Angehörigen der eigenen Religion und ihr Leid zu übersehen. Zweitens: die Waffenverkäufe in diesen Raum sind generell ein Übel gegen das man auftreten sollte, ebenso wie gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Verletzungen von Religionsfreiheit. Christen sollten sich zudem, wo immer möglich, für Zusammenarbeit und Dialog einsetzen und damit auch die Kernbotschaften des Christentums stärker in die Öffentlichkeit bringen. Wofür stehen Christen, nicht nur, aber auch im ethischen Bereich und im sozialen Zusammenleben? Da herrscht viel Ängstlichkeit und Unsicherheit, wie Nächstenliebe und das Eintreten gegen Gewalt hier und heute zu leben sind. Das ist nun einmal anders als vor 10 oder 20 Jahren. Wichtig ist, aus dem Binnenbereich aufzubrechen, um sich die Welt anzusehen, wie sie ist. Papst Franziskus zeigt das vor. Das kann eine echte Inspiration sein für lokale Umsetzungen, die er immer wieder fordert. Wenn die noch immer großen christlichen Kirchen sich nicht darum kümmern, hinterlässt das ein Vakuum. Und das ist unverantwortlich.

**KI:** Frau Professor Gabriel, wir danken für das Gespräch.